

## **Beschluss des 5. Landesrat vom 25. bis 26. Juli 2015 in Ingolstadt**

---

### **Einfach mal abschalten**

#### **1. Atomausstieg - Kein Ausstieg aus dem Risiko**

Im Jahr 2015 jährt sich die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl zum 29. Mal. Im Jahr 2011 ereignete sich im japanischen Atomkraftwerk Fukushima ein weiteres einschneidendes Nuklearunglück. Beide Ereignisse haben das Bewusstsein der Bevölkerung für die Risiken der Atomenergie entscheidend geprägt. Im März 2011 gab Bundeskanzlerin Angela Merkel bekannt, dass alle 17 deutschen Kernkraftwerke für drei Monate einer Sicherheitsprüfung unterzogen werden sollen; kurz darauf fiel die Entscheidung, die sieben ältesten Kernkraftwerke Deutschlands und das AKW Krümmel abzuschalten. In Bayern wurde daraufhin das Atomkraftwerk Isar 1 vom Netz genommen, das Werk in Grafenrheinfeld wurde im Juni 2015 stillgelegt. Somit sind noch zwei bayerische Atomkraftwerke, Gundremmingen und Isar 2, in Betrieb. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deren schnellstmögliche Stilllegung und einen bundesweit beschleunigten und endgültigen Atomausstieg bis 2018.

#### Höchste Sicherheitsstandards beim Rückbau

Auf die Stilllegung der beiden Kraftwerke Isar 1 und Grafenrheinfeld soll laut E.On schnellstmöglich der Rückbau folgen. Für die Energiekonzerne zählen dabei in erster Linie wirtschaftliche Interessen. Die GRÜNE JUGEND Bayern hingegen fordert größtmögliche Sicherheit. Laut einem wissenschaftlichen Gutachten der Beratungsfirma Intac ist die Gefahr für Störfälle erhöht, wenn sich im Atomkraftwerk bei Beginn des Rückbaus noch Brennelemente befinden. Dennoch soll der Abriss des Atomkraftwerks Isar 1 und Grafenrheinfeld begonnen werden, obwohl sich Brennstäbe im Reaktor befinden.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher die Brennstofffreiheit als Voraussetzung für den Beginn des Abrisses. Weiter sollen höchstmögliche Sicherheitsstandards und eben nicht wirtschaftliche Aspekte die Hauptentscheidungskriterien bei der Auswahl eines Rückbau-Verfahrens sein.

#### Verantwortung übernehmen - Zwischenlager schützen

26 Castor-Behälter mit radioaktivem Atommüll aus britischen und französischen Aufbereitungsanlagen sollen in den kommenden Jahren in Bayern, Baden-Württemberg, Hessen und Schleswig-Holstein eingelagert werden. Ein großer Teil des Mülls ist in Bayern produziert worden, es ist daher nur konsequent, bayerische Standorte für die Zwischenlagerung zu wählen. Allerdings wehrt sich Bayern als einziges Bundesland vehement gegen die Pläne der fairen Lastenverteilung und droht, in der Konsequenz die Energiewende scheitern zu lassen.

Die GRÜNE JUGEND Bayern verurteilt dieses trotzige Verhalten derer, die aktuell noch zu den größten Verfechter\*innen der Atomkraft gehörten. Die momentane eingefahrene, fatale, aber selbst verschuldete Situation, erfordert jetzt eine faire Verteilung des Atommülls. Weiter fordert die GRÜNE JUGEND Bayern schnellstmöglich höheren Schutz für die Zwischenlager. Gerade der Schutz gegen Flugzeugabstürze ist nicht gegeben.

---

## **Beschluss des 5. Landesrat vom 25. bis 26. Juli 2015 in Ingolstadt**

---

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert höchste Sicherheitsstandards, unabhängig von der Anzahl der Castoren, die sich einmal im Zwischenlager befinden werden.

Möglicherweise können defekte Castoren nicht im bayerischen Zwischenlager Ohu repariert oder ausgetauscht werden. Defekte Castoren können im bayerischen Zwischenlager Ohu nicht repariert oder ausgetauscht werden. Um die beim Öffnen notwendige Schutzatmosphäre gewährleisten zu können, müssen diese nach Gorleben transportiert werden.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert vor dem Eintreffen der Castoren eine gründliche Risikoanalyse und eine Klärung aller offenen Fragen.

### Konzerne in die Verantwortung nehmen

Für den Rückbau und die Lagerung des Atommülls der letzten Jahrzehnte bedarf es enormer finanzieller Mittel. Die Stromkonzerne haben jahrelang von der staatlichen Subventionierung und somit von Steuergeldern profitiert und in der Folge durch die Atomkraft enorme Gewinne eingefahren. Unsere und nachfolgende Generationen stehen vor der Aufgabe, die Verwaltung über das gefährliche atomare Erbe zu übernehmen. Noch immer ist kein Endlager für den Atommüll gefunden.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert, dass die verantwortlichen Konzerne hier finanziell zur Verantwortung gezogen werden. Die immensen Kosten, die vom Umweltministerium auf über 2 Milliarden Euro angesetzt werden, müssen nun von denjenigen getragen werden, die jahrzehntelang in Milliardenhöhe profitiert haben.

Die geplante Auslagerung der Stromerzeugung aus Atom, Kohle und Gas in eine neue E.ON-Gesellschaft "Uniper", sehen wir als höchst problematisch an. Langfristig wird der Konzern nicht in der Lage sein, den enormen Finanzbedarf für die Endlagerung des Atommülls zu erwirtschaften. Die dafür geplanten Rücklagen sind bei weitem nicht ausreichend.

Es darf nicht sein, dass dies dazu führt, dass Steuerzahler\*innen für die Hinterlassenschaften der Stromkonzerne aufkommen müssen. Wir fordern die Bundesregierung auf sicherzustellen, dass sich die Stromkonzerne nicht durch juristische Tricks aus der finanziellen Verantwortung stellen - etwa wie es Vattenfall bei der Umwandlung in eine GmbH getan hat. Ansprüche gegenüber den Stromkonzernen dürfen nicht obsolet werden und eine Finanzierung der möglichst sicheren Lagerung des Atommülls und der Rückbau der stillgelegten Werke müssen gewährleistet sein!

### Keine Subventionierung von Atomstrom

Mit Sorge sehen wir die weiterhin gezahlten Subventionen - zum Beispiel durch zugesagte Mindestpreise, die die Atomkraft in anderen Ländern der Europäischen Union weiterhin massiv fördern und so indirekt von den Bundesbürger\*innen unterstützt werden. Ganz besonders erwähnenswert ist hierbei das in England geplante AKW Hinkley Point. Hier wird durch die hohen staatlichen Unterstützungen aktiv die Energiewende torpediert.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert die Bundesregierung auf, aktiv gegen die von der Europäischen Union zugesagten Subventionen für Atomkraft vorzugehen.

---

**Beschluss des 5. Landesrat vom 25. bis 26. Juli 2015 in Ingolstadt**

---

**2. Fossilien ins Museum - Erneuerbare Energien ausbauen**

Der Kohle-Kompromiss und somit das Aus für eine Kohle-Abgabe sind fatal für die Energiewende. Statt die Kohleindustrie für die verursachten Umweltschäden in die Verantwortung zu nehmen, werden die Kosten nun auf die Allgemeinheit umgelenkt, unter anderem durch die Förderung von Gaskraftwerken.

Keine Subventionen für Gaskraftwerke

Die GRÜNE JUGEND Bayern lehnt die Subventionierung von Gaskraftwerken als zu teuer und unökonomisch ab. Bereits jetzt sind die bestehenden Anlagen am unteren Ende ihrer Leistung und ein reines, staatlich gefördertes Verlustgeschäft. Doch statt endlich in erneuerbare Energieversorgung zu investieren, plant die CSU den Bau weiterer Anlagen und möchte deren Förderung verdoppeln.

Weg von fossiler Energie!

Der Energieträger Gas ist lediglich ein weiterer fossiler Energieträger. Auch die Versorgungssicherheit ist ungewiss und die Förderung von Gas ist umweltschädlich.

Weiter wird die Gewinnung von Gas zunehmend aufwendiger und kostenintensiver. Erdgas in großen Mengen wird nur in bestimmten Regionen der Welt gefördert. Zahlreiche Konflikte, sowie gefährliche Lieferwege, lassen Gas teuer und zu einem wertvollen Rohstoff werden, der, wie in der Vergangenheit wiederholt geschehen, auch für politische Zwecke eingesetzt wird, beispielsweise im immer wieder aufflammenden Russisch-Ukrainischen Gasstreit.

Die GRÜNE JUGEND Bayern lehnt daher die Energiegewinnung aus fossilem Gas ganz klar ab und fordert, dass keine fossile Energie und keine fossilen Energieträger aus anderen Staaten zugekauft werden. Außerdem lehnen wir Zusammenarbeit in allen Bereichen der Energieversorgung mit Staaten, die Menschenrechte missachten, ab.

Nein zu Fracking!

Das „Hydraulic Fracturing“ stellt für uns keine Option zum Gasabbau dar. Immer noch gibt es zahlreiche Ungeklärtheiten über die eingesetzten Chemikalien und die Auswirkungen auf das Grundwasser. Noch dazu fehlen Langzeitstudien über die Umweltverträglichkeit des Verfahrens. Eine extreme Gefahr der Nicht-Beseitigung von Umweltschäden liegt in der Natur der Technik. Fracking stellt eine Fördermethode mit hohen Anfangsinvestitionen, schnellen, enormen Erträgen und einen daraus resultierenden Preisverfall des Erdgases da. Des Weiteren sind die Reserven nur für wenige Jahre ergiebig. Das Beispiel USA zeigt, dass eine große Anzahl an Förderunternehmen aufgrund dieser Umstände Insolvenz anmelden mussten und die enormen Umweltschäden von den Verursacher\*innen nicht beseitigt wurden. Leidtragende sind die Anwohner\*innen sowie die Gemeinschaft, die dann über Steuergelder dafür gerade stehen muss.

Aus diesen Gründen lehnt die GRÜNE JUGEND Bayern diese Fördervariante konsequent ab. - Verantwortungsvolle Energiepolitik sieht anders aus!

## **Beschluss des 5. Landesrat vom 25. bis 26. Juli 2015 in Ingolstadt**

---

### Neue Technologien vorantreiben

Erneuerbaren Gasen, wie beispielsweise aus erneuerbarem Strom erzeugter Wasserstoff, wird großes Potential als Kraftstoff für Mobilität, als Langzeitstromspeicher, aber auch als Brennstoff zur Wärmeerzeugung und für industrielle Nutzung zugesprochen. Auch in Bayern wird in zwei Pilotprojekten in Schwandorf die Nutzung erprobt.

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert daher die Gewinnung von Gas und Kraftstoffen aus Erneuerbarem Strom verstärkt zu erforschen und Rahmenbedingungen für die Einführung der zukunftsweisenden Technologien "power to gas" und "power to liquids" zu schaffen.

### 100% Erneuerbare - ohne Umwege!

Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert weiterhin den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kohle bis spätestens 2030. Nur so kann die Energiewende erfolgreich und schnellstmöglich umgesetzt werden. Gaskraft sehen wir hierbei nur als vorläufige Übergangslösung.

Um das Ziel der Decarbonisierung zu erreichen, dürfen keine Umwege wie das Setzen auf Gaskraft eingeschlagen werden und erst recht keine Neubauten staatlich subventioniert werden. Langfristiges Ziel muss das Ende der Nutzung fossiler Energien und der beschleunigte Ausbau von 100% erneuerbaren Energien bis 2040 sein. Nur so wird es gelingen die fossilen Energieträger möglichst schnell aus unserem Energiemix zu verdrängen.

### **3. Schluss mit der Verzögerung - Das Stromnetz fit für die Zukunft machen!**

Die GRÜNE JUGEND Bayern setzt sich für einen beschleunigten Atomausstieg, den zügigen Kohleausstieg und langfristig für einen Ausstieg aus der Gaskraft ein. Um unser Ziel von einer dezentralen Energieversorgung aus 100 Prozent Erneuerbaren Energien, welche vorrangig in Bürger\*innenhand ist, zu erreichen ist allerdings ein Umbau unseres Stromnetzes nötig.

In Bayern wurde in den letzten Jahren viel wertvolle Zeit für eine konsequente Energiewende verloren und dieser darüber hinaus viele Steine in den Weg gelegt: Die Förderung für Photovoltaikanlagen wurde rigoros zusammengestrichen, der Ausbau der Windenergie durch die unsinnige 10h-Abstandsregel komplett zum Erliegen gebracht und der notwendige Umbau der Leitungsnetze unnötig verschleppt.

Viele Netzbetreiber\*innen und Stadtwerke warnen schon länger, dass es endlich einen verbindlichen Fahrplan für die Energiewende braucht, um langfristig Netz- und Versorgungssicherheit zu schaffen. Durch das Handeln der CSU-Staatsregierung wurden die Kosten der Energiewende in die Höhe getrieben und neue Probleme geschaffen.

Damit die Energiewende in einem stark industriell geprägtem Land gelingen kann, braucht es Versorgungssicherheit und belastbare Netze. Noch immer ist das Stromnetz auf wenige große Erzeuger\*innen und viele Verbraucher\*innen ausgelegt. Durch den kompletten Umstieg auf erneuerbare Energien verschiebt sich, wo wie viel Energie produziert wird. Wenn früher Bayern mit seinen Atom-

---

## **Beschluss des 5. Landesrat vom 25. bis 26. Juli 2015 in Ingolstadt**

---

kraftwerken sehr viel Strom produziert hat, dann wird das zukünftig der Norden mit seinen Windparks sein.

Das Stromnetz ist eines der wichtigsten Bestandteile öffentlicher Infrastruktur. Daher muss es auch in öffentlicher Hand sein und darf nicht von den Profitinteressen einzelner Konzerne abhängig sein. Die GRÜNE JUGEND Bayern fordert deshalb die Wiederverstaatlichung und Rekommunalisierung des bundesweiten Stromnetzes.

Darüber hinaus bedarf es zum Einen dringend der Modernisierung und dem Umbau des Nieder- und Mittelspannnetzes, damit dieses den Herausforderungen an eine dezentrale Energieproduktion gewachsen ist und zum Anderen dem Ausbau von Höchstspannungsleitungen, um die Energieversorgung flächendeckend sicherstellen. Ein Ausbau der Stromnetze ersetzt nicht den Ausbau von Erneuerbaren Energien, sondern sichert diesen ab und ermöglicht eine flexible Energieeinspeisung. Der Ausbau der Stromleitungen wird notwendig, um den räumlichen Ausgleich des Stromangebots und der Stromnachfrage sicherzustellen. Beispielsweise muss Strom aus dem Norden und Osten in den Süden transportiert werden. Um diesen Stromausgleich zu gewährleisten spricht sich die GRÜNE JUGEND Bayern für den Bau einer Nord-Süd Gleichstromverbindung (Süd Link) und den Bau der Süd-Ost-Passage aus. Für uns ist klar, dass dabei dem Naturschutz ein hoher Stellenwert einzuräumen ist. Wir lehnen den Bau durch Schutzgebiete klar ab und sprechen uns dafür aus, vorrangig neue Leitungen an bestehende anzuschließen. Eine Erdverkabelung sollte nur in die Erwägung mit einbezogen werden, falls die höheren Investitionskosten durch geringere Instandhaltungskosten, erhöhte Zuverlässigkeit und eine höhere Akzeptanz bei der Bevölkerung zu rechtfertigen sind, sowie die geologischen Gegebenheiten günstig erscheinen.

Um den zeitlichen Ausgleich zwischen Stromproduktion und Stromverbrauch realisieren zu können, fordern wir den raschen Ausbau an Energiespeichern und die Erforschung zukunftssträchtiger Technologien.